

# Kohle-Ausstieg früher als 2038? „Den Grünen sage ich: Lasst die Finger davon“

Stand: 01.01.2023 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Claus Christian Malzahn**  
Reporter



Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU), 68

Quelle: Amin Akhtar/WELT

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff (CDU) rechnet mit der Ampel-Koalition ab: Interne Streitereien kosteten in Krisenzeiten wertvolle Zeit. Zudem rückt er den Fokus auf die geringe Zahl von Abschiebungen: Es gehe um „Kontroll- und Steuerungsfähigkeit des Staates“.

**WELT:** Herr Haseloff, wie macht man in Zeiten des Russland-Ukraine-Kriegs

(/politik/ausland/article242913175/Sicherheitsexpertin-Major-Der-Krieg-in-der-Ukraine-wird-noch-lange-Zeit-dauern.html) Politik?

**Reiner Haseloff:** Ich versuche, die Übersicht zu behalten. Aber wie sich die Lage in der Ukraine entwickelt, liegt faktisch nicht in unserer Hand. Ohne Zweifel hinterlässt dieser Krieg bei uns wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich deutliche Spuren. Wir stecken in einer tiefen Krise und müssen Milliarden aufwenden, um sie abzufedern.

Niemand weiß derzeit, wie lange das alles noch dauern wird. Und die Gefahr, dass der Krieg sich ausweitert, ist ebenfalls nicht gebannt.

**WELT:** Also ist politische Planung gar nicht möglich?

**Haseloff:** Ich versuche, mich an den Fakten zu orientieren und nicht zu spekulieren. Der Krieg muss ein Ende finden, wegen des Leids vor Ort und wegen der schwerwiegenden Auswirkungen auf ganz Europa. Aber wir können ihn nicht beenden, nur Putin kann seine Panzer stoppen.

---

Als Deutsche haben wir ganz besonders die Pflicht und Schuldigkeit, einem völkerrechtlich souveränen Staat, der mitten in Europa angegriffen wird, auch beizustehen. Die Ukraine hat das Recht, ihr Land zu verteidigen und der Aggression entgegenzuwirken.

**WELT:** Das Verständnis für Putins Chauvinismus ist im Osten Deutschlands deutlich ausgeprägter als im Westen. Müssen Sie auf solche Gefühlslagen Rücksicht nehmen?

**Haseloff:** Wir dürfen in der Solidarität mit Kiew nicht wackeln. Von ganz links und ganz rechts erlebe ich solche Demagogie, da wird das Opfer zum Täter gemacht und man biegt sich die Welt zurecht, wie es ins vorgefasste Bild passt. Da dürfen die Parteien der demokratischen Mitte nicht mitmachen.

Aber ich muss auch demütig zur Kenntnis nehmen, dass wir in Deutschland faktisch keine Mittel in der Hand haben, um die Gesamtsituation global zu verändern. Wir müssen im europäischen Konzert agieren, also in der EU und in Absprache mit den USA. Deutsche Alleingänge, wie sie bei AfD und Linken fantasiert werden, wären fatal.

**WELT:** Die Ampel-Regierung ist nun ein Jahr im Amt. Ihre Partei hat das Krisenmanagement der Koalition immer wieder scharf attackiert. Mal Hand aufs Herz: Würden wir wirklich besser klarkommen, wenn gerade eine unionsgeführte Regierung im Bund an der Macht wäre?

---

**Haseloff:** Zunächst: Die aktuellen Probleme sind komplex und nicht einfach aufzulösen. Die Bundesregierung hat mit den Ländern gemeinsam wichtige Hilfen gestartet und positive Akzente gesetzt. Ich habe in 20 Jahren schon alle möglichen Krisen und Katastrophen erlebt. Herausforderungen zu bewältigen gehört zum Handwerkszeug der Politik.

Dreier-Konstellationen sind nie einfach, ich spreche aus Erfahrung. Aber das Ausmaß an Kontroversen und Konflikten innerhalb der Ampel-Regierung hat mich dennoch ziemlich erstaunt.

**WELT:** Glauben Sie wirklich, dass eine Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen derzeit besser funktionieren würde als eine Ampel?

**Haseloff:** Das glaube ich schon, weil bürgerliche Ansätze stärker vertreten wären. Die Akzeptanz der Politik in der Bevölkerung wäre damit größer. Die FDP agiert derzeit als kleinster Partner gegen zwei linksorientierte Parteien. Mit jeder verlorenen Landtagswahl steigt die Nervosität bei den Liberalen.

Ich sehe da recht viel Differenzen: in der Energiepolitik, der Rechts- und der Ordnungspolitik, der Finanzpolitik. Einigkeit gibt es bei einigen gesellschaftspolitischen Themen, die aber in der Krisenlage wenig zur Sache tun. Das hat uns in den vergangenen Monaten wertvolle Zeit gekostet. Die Entscheidungsprozesse dauern zu lange, und das liegt oft am internen Zwist in Berlin.

**WELT:** Sie meinen die Zusammenarbeit von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung?

**Haseloff:** Ja, was ich in diesem Jahr erlebt habe, war erstaunlich. Kein Gesetz, das jetzt von Relevanz ist, hat einen Ausschuss im Bundesrat gesehen. Da wurden am Ende Gesetze durchgepeitscht, von denen wir die schriftliche Ausfertigung vor der Abstimmung gar nicht richtig lesen konnten. Das lag nicht an den Ländern, sondern daran, dass Regierung und Koalitionsfraktionen wegen interner Diskussionen zu lange bis zur Entscheidungsfindung benötigten.

Der Kanzler verspricht einen Doppelwumms (</debate/kommentare/plus241338507/Energieverbrauch-Das-Doppel-Wumms-Dilemma.html>) – und dann passiert erst einmal nichts. Viele Fragen bei der Finanzierung der Hilfspakete sind nach wie vor ungeklärt. Unsere Haushaltsplanung für 2023 ist lückenhaft. Im Kabinett musste ich erklären, dass ich viele Maßnahmen, die der Bund abdecken will, noch nicht im Detail kenne.

**WELT:** Das bedeutet, die Hilfspakete, der Gaspreisdeckel, Strombremse, all das kommt zu spät?

**Haseloff:** In Berlin hat man jedenfalls wertvolle Zeit verstreichen lassen, weil die Koalition zu oft mit sich selbst beschäftigt war und ist.

**WELT:** Sachsen-Anhalt beherbergt mehrere große Chemieunternehmen, die international konkurrenzfähig sind. Stehen diese Unternehmen die Krise durch?

**Haseloff:** Das sind energieintensive Unternehmen, für die sich mit den hohen Strom- und Gaspreisen alles verändert hat. Wir prüfen, ob und welche Hilfen sie in Anspruch nehmen können, ob sie durch den Rost zu fallen drohen. Im Moment sind langfristige Aussagen kaum möglich. Im Vordergrund steht derzeit, die Versorgungssicherheit der nächsten Monate zu gewährleisten.

Eines ist sicher: Die Wertschöpfungskette, wie wir sie bisher kannten, können wir mit diesen Preisen nicht aufrechterhalten. Ich sehe die Situation mit Sorge.

**WELT:** Können Sie sich in dieser Lage einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorstellen?

**Haseloff:** Nein, auf keinen Fall. Wir haben die Sicherheit vieler Bundesländer bei der Stromversorgung in den vergangenen Wochen und Monaten vor allem dadurch gewährleistet, dass die grundlastfähigen Kohlekraftwerke in Brandenburg, Sachsen und in Sachsen-Anhalt liefen.

In dieser Lage das Ausstiegsdatum 2038 infrage zu stellen, halte ich für verheerend und naiv. Vor allem den Grünen sage ich: Lasst die Finger davon. Hört auf, an dem gesellschaftlichen Kompromiss zu rühren. Auch im nächsten Winter (</wirtschaft/article241646751/AKW-Laufzeit-verlaengert-Was-ist-mit-dem-Winter-23-24.html>) benötigen wir Versorgungssicherheit, dann ohne AKW.

**WELT:** Sind Sie für längere Laufzeiten über den 15. April 2023 hinaus?

**Haseloff:** Wir haben in Sachsen-Anhalt kein AKW. Aber jede grundlastfähige Stromerzeugung, die funktionsfähig ist und einen TÜV hat, sollte derzeit im Netz bleiben, bis wir sehen, wie die Krise sich weiterentwickelt. Alles andere halte ich für verantwortungslos.

**WELT:** In den vergangenen Monaten ist die Zahl von Flüchtlingen und Migranten wieder angestiegen. Es gibt viele Gemeinden, die jetzt schon klagen, dass ihnen das alles wieder über den Kopf wächst wie 2015 und '16. Wie ist die Lage bei Ihnen?

**Haseloff:** Die Unterbringung und Integration ukrainischer Flüchtlinge gelingt gut. Dafür gibt es auch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Dennoch schlagen die Landräte längst Alarm, und zwar Sozial- wie Christdemokraten. Die Kommunen sind am Limit, weil es eben parallel auch einen starken Zuzug, etwa von Nordafrikanern, Afghanen oder Syrern über die Balkanroute und Osteuropa gibt. Wir haben im Land inzwischen de facto keine freien Kapazitäten mehr. Wir mussten bereits Container zubauen.

Jetzt haben wir noch mal Hotels angemietet. Ich will nicht wieder in eine Lage kommen, die Flüchtlinge in nicht menschenwürdiger Weise unterbringen zu müssen. Der Eindruck eines erneuten Kontrollverlustes, der in der Bevölkerung entstünde, wäre politisch gefährlich. Wenn wir Menschen aufnehmen, müssen wir sie zumutbar unterbringen können.

**WELT:** Was erwarten Sie von der Bundesregierung?

**Haseloff:** Sich der Tragweite des Themas voll bewusst zu werden. Es gibt eine Grenze für die Integrationsmöglichkeiten einer Region, eines Bundeslandes, das bringen die Vertreter der Kommunen derzeit recht deutlich zum Ausdruck. Und das müssen wir ernst nehmen. Der Bund muss dafür Sorge tragen, dass auch mit Blick auf die Europäische Union geltende Gesetze und Verträge eingehalten werden.

**WELT:** Was muss konkret geschehen?

**Haseloff:** Rückführungen müssen stärker umgesetzt werden. Es braucht mehr politischen Druck. Die verantwortlichen Bundesministerien müssen hier eng zusammenarbeiten. Mit Ländern, die von uns Entwicklungshilfe bekommen, aber Straftäter nicht zurücknehmen wollen, muss auch die Außenministerin ein ernstes Wort reden. Ein Abschiebebeauftragter wird da wenig nützen.

Die Akzeptanz des Asylrechts wird nur bleiben, wenn es nicht ausgehöhlt wird. Es geht um Kontroll- und Steuerungsfähigkeit des Staates. Davon dürfen wir uns nicht weiter entfernen. Das würde zu politischen Reaktionen führen, nicht zuletzt in der Wahlkabine. Die Bundesregierung darf dieses Thema nicht aussitzen. Sonst wird es sich für die Parteien der Mitte rächen.

**„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.**

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242916921>